

**Deutscher
Juristinnenbund e.V.**

Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und
Betriebswirtinnen

Berlin, 15. April 2013

P R E S S E M I T T E I L U N G

Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38
D-10115 Berlin
fon: ++49 – (0)30 – 443270-0
fax: ++49 – (0)30 – 443270-22
geschaefsstelle@djb.de
<http://www.djb.de>

„Auf der Zielgeraden ist ein klares Bekenntnis gefragt“ – Frauenverbände fordern Votum für Quote in Aufsichtsräten –

Verbände verlangen, den Fraktionszwang aufzuheben und eine freie Abstimmung zuzulassen

Führende Frauenverbände appellieren in einem persönlichen Brief an alle Abgeordneten des Bundestags, am Donnerstag der vom Bundesrat verabschiedeten Gesetzesinitiative für eine Frauenquote in Aufsichtsräten zuzustimmen. Freiwillige Selbstverpflichtungen haben sich als ungeeignet erwiesen. Daher sei es „höchste Zeit, mit verbindlichen Regelungen dem grundgesetzlich verbrieften Anspruch von Frauen auf gleiche Teilhabe Geltung zu verschaffen. Es ist Zeit für Entscheidungen“, heißt es in dem heute veröffentlichten Brief der Verbands-Initiatorinnen der Berliner Erklärung, Business and Professional Women, Deutscher Juristinnenbund, Deutscher LandFrauenverband, European Women’s Management Development, FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte und Verband deutscher Unternehmerinnen.

„Die Entscheidung am Donnerstag ist die letzte Möglichkeit in dieser Legislaturperiode, Bewegung in die festgefahrene Diskussion zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in Führungsgremien der Wirtschaft zu bringen“, erklären die Initiatorinnen des Schreibens. „Die Koalitionsdisziplin steht nicht über dem Grundgesetz. Jetzt ist ein klares Bekenntnis gefragt. Wir wünschen uns, dass alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Berliner Erklärung nach ihrer Überzeugung abstimmen. Es geht um die Zustimmung zu einer im Bundesrat von Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien beschlossenen Gesetzesinitiative, nicht um einen Antrag der Opposition. Auch Bundeskanzlerin Merkel kann nun zeigen, wie ernst sie Chancengleichheit nimmt und Führungsstärke beweisen. Statt vermeintliche „Abweichler“ auf Linie zu bringen geht es darum, die klare Forderung des Grundgesetzes nach Gleichberechtigung auch in den Führungsgremien der Wirtschaft durchzusetzen.“

Die Verbände kritisieren die Angriffe auf die Befürworter einer Quote: „Es gibt seit Langem eine parteiübergreifende Mehrheit für eine verbindliche Mindestquote in Aufsichtsräten der Privatwirtschaft und der öffentlichen Unternehmen. Dabei geht es um weit mehr als die Aufsichtsräte: Letztlich geht es um eine faire Bewertung der Arbeit, die Frauen in Wirtschaft und

Gesellschaft leisten. Die Bundesratsinitiative wurde mit Stimmen aller Parteien beschlossen. An diesem Donnerstag besteht die historische Chance, die Gleichstellungspolitik gemeinsam einen großen Schritt weiterzubringen“, betonen die Initiatorinnen der Berliner Erklärung. Die Verbände verweisen dabei auf das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel: „Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden.“

Den Brief an die Abgeordneten finden Sie **online**: www.berlinererklaerung.de.

Ihre Ansprechpartnerinnen:

Henrike von Platen, Präsidentin, Business and Professional Women Germany e.V.
Tel.: +49 (174) 3 22 01 26, E-Mail: hvp@bpw-germany.de

Ramona Pisal, Präsidentin, Deutscher Juristinnenbund e.V.
Tel.: +49 (30) 44 32 70-0, E-Mail: geschaeftsstelle@djb.de

Brigitte Scherb, Präsidentin, Deutscher LandFrauenverband e. V.
Tel.: +49 (30) 284 49 29 10, E-Mail: info@landfrauen.info

Rena Bargsten, Präsidentin, European Women's Management Development
Tel.: +49 (30) 307 82 50 75, E-Mail: Germany@ewmd.org/
Tel.: +49 (40) 227 47 10, E-Mail: rb@mixworld.de

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin, FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V.
Tel.: +49 (30) 887 14 47 13, E-Mail: monika.schulz-strelow@fidar.de

Stephanie Bschorr, Präsidentin, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V.
Tel.: +49 (30) 20 05 919-0, E-Mail: stephanie.bschorr@htg.eu

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Business and Professional Women (BPW) - Germany e.V.:

Mit 42 Clubs und rund 1.800 Mitgliedern sind die Business and Professional Women (BPW) Germany eines der größten und ältesten Berufsnetzwerke für angestellte und selbständige Frauen in Deutschland. Der gemeinnützige Verband unterstützt berufstätige Frauen auf vielfältige Weise: Neben persönlichem Austausch, Vorträgen, Tagungen und Mentoring leistet

das Netzwerk politisch-gesellschaftliche Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene und engagiert sich für humanitäre Zwecke. Der BPW Germany kooperiert mit Wirtschaft, Medien, Politik und unterstützt seine Partner in Fragen der Unternehmensverantwortung und Chancengleichheit im Beruf. 2008 zeichnete das Netzwerk für die Einführung des Equal Pay Day, des internationalen Aktionstages für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, in Deutschland verantwortlich. Mehr dazu unter www.bpw-germany.de.

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb):

Seit seiner Gründung 1948 setzt sich der djb für die Gleichstellung von Frauen ein und gibt Gesetzgebung und Rechtsprechung wichtige Impulse. Die Rasananz der gesellschaftlichen Entwicklung, der wirtschaftliche und damit politische Druck führt zu vielen rechtspolitischen Vorschlägen, Gesetzesinitiativen und Neuregelungen. Darunter zahlreichen rechtlichen Gebieten, auf denen der djb mit seinen fachlich hochqualifizierten Stellungnahmen und Vorschlägen sowie seiner Kritik gefragt ist, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik (Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben und in der Familie), in der Sozialpolitik (Rente, Steuern, Gesundheit, Familienlastenausgleich, Familienrecht, Lebenssituation älterer und behinderter Menschen, Medizinrecht), aber auch zum Thema Zuwanderung und Gewalt gegen Frauen und Kinder. Weitere Informationen: www.djb.de.

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv):

Der Deutsche LandFrauenverband ist mit 500.000 Mitgliedern in 22 Landesverbänden der bundesweit größte Frauenverband im ländlichen Raum. Er tritt für die Interessen von Frauen und die Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Regionen ein. Neben Öffentlichkeitsarbeit und politischer Interessenvertretung gehört Erwachsenenbildung zu den Schwerpunkten der LandFrauenarbeit. Der dlv kooperiert mit zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen und steht im Dialog mit Ministerien, Parteien und Parlamentariern. Nähere Informationen unter www.landfrauen.info.

EWMD (European Women's Management Development International Network):

EWMD ist ein internationales Management-Netzwerk für ManagerInnen, UnternehmerInnen und Selbständige mit ca. 800 Mitgliedern in 25 Ländern. Das Netzwerk fördert Frauen und Männer und bietet eine Plattform für den qualifizierten Austausch von Erfahrungen und Entwicklungen im Management. Mitglieder setzen sich für eine bessere „Gender-Diversity“, mehr Frauen in Führungspositionen und eine nachhaltige „Work-Life-Balance“ ein – branchenübergreifend und international. Neben Privatpersonen sind auch Unternehmen Mitglieder. Mehr Informationen zum EWMD im Internet unter www.ewmd.org.

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V.:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die im Herbst 2005 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.

Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU):

Der VdU wurde 1954 in Köln als Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU) gegründet. Er ist der größte deutsche Wirtschaftsverband, der branchenübergreifend die Interessen insbesondere mittelständischer Unternehmerinnen aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung vertritt. Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.600 Unternehmerinnen in 15 Landesverbänden und 15 Regionalkreisen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 50 Milliarden Euro und beschäftigen über 320.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland. Seit mehr als 55 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet. Der Verband ist Unterzeichner der Charta der Vielfalt und Mitglied im Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen sowie im Aktionsbündnis zum Equal Pay Day. Der VdU wird in den kommenden drei Jahren mit seinem ESF-geförderten Projekt „Stärkere Präsenz von Frauen in Aufsichtsgremien“ 150 Frauen für Positionen in Beiräten und Aufsichtsräten schulen. Weltweit vernetzt ist der VdU durch seine Mitgliedschaft im internationalen Unternehmerinnen-Dachverband FCEM (Les Femmes Chefs d'Entreprises Mondiales). Weitere Informationen unter: www.vdu.de